



DIHK-Umweltbarometer 2025

Umweltregulierung im Fokus

#GemeinsamWirtschaftStärken

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Einleitung.....3
Der Barometerwert.....3
Das Wichtigste in Kürze.....4
Auswirkung von Umweltregulierungen auf Unternehmen.....4
 Ökodesign.....6
 Recht auf Reparatur.....7
 Verpackungsregelungen.....8
 Chemikalienrecht.....8
Herausforderung Umweltregulierungen.....9
Beitrag zum Umweltschutz.....11
Schlussfolgerungen/Empfehlungen.....13

Impressum

Ansprechpartnerin in der DIHK:

Christoph Petri
petri.christoph@dihk.de

Kathrin Riedler
riedler.kathrin@dihk.de

Katharina Götze
goetze.katharina@dihk.de

Herausgeber und Copyright

© **Deutsche Industrie- und Handelskammer**
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon: 030 20308-0 | Telefax: 030 20308-100

DIHK Brüssel
Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon: +32-2-286-1611 | Telefax: +32-2-286-1605

@ info@dihk.de
 www.dihk.de

Grafik
Sven Ehling, DIHK

Bildnachweis
© Getty Images

Stand
November 2025

Einleitung

Betrieblicher Umweltschutz ist alltäglicher Bestandteil unternehmerischer Entscheidungen. Unternehmen berücksichtigen ökologische Aspekte heute in nahezu allen Bereichen ihres Wirtschaftens: Von der Beschaffung über die Produktion bis hin zu Investitionsentscheidungen. Zugleich sehen sie sich mit einer stetig wachsenden Zahl an umweltbezogenen Anforderungen konfrontiert.

Der Umfang der gesetzlichen Vorgaben für Unternehmen im Bereich der Umweltpolitik ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Gleichzeitig werden neue oder verschärfte Vorgaben von Brüssel angestoßen. Aktuell mit der EU-Verpackungsverordnung, der EU-Öko-Design Verordnung oder der EU-Entwaldungsverordnung und zukünftig mit dem in der Entwicklung befindlichen Circular Economy Act sowie der Überarbeitung der REACH-Verordnung. Ebenso häufig geht der nationale Gesetzgeber über europäische Vorgaben hinaus, wie zum Beispiel mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder der Umsetzung der Einwegkunststoffrichtlinie. Dies nehmen wir zum Anlass, die Einschätzung der Unternehmen zum Umfang der Umweltregularien sowie deren Stellenwert und konkrete Auswirkungen für Unternehmen einzuholen.

Mit der Unterstützung der Industrie- und Handelskammern nahmen 1.674 Unternehmen aus ganz Deutschland zwischen dem 01. Juli und 29. August 2025 an der Befragung teil. Die Antworten entfallen zu 43 % auf das verarbeitende Gewerbe, 25 % auf den Dienstleistungssektor, 12% auf Handelsunternehmen, 5% auf das Baugewerbe, 3% auf die Entsorgungswirtschaft sowie 2% auf die Gastronomie und 11% sonstiger Branchen. 69% der Antworten stammen von KMUs.

Der Barometerwert

Der Barometerwert spiegelt die aktuelle Bedeutung der umweltpolitischen Maßnahmen für Unternehmen wider. Er wird aus der Auswirkung von Umweltschutzpolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ermittelt.

Mit einem Barometerwertes von **minus eins** zeigt sich, dass die Auswirkungen der Umweltschutzpolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen unterschiedlich bewertet werden. Positive und negative Einschätzungen halten sich branchenübergreifend mit 30% (negative) zu 31% (positive) in etwa die Waage, ein ähnlich großer Anteil bleibt neutral. Eine Auswertung der Einschätzungen des verarbeitenden Gewerbes oder dem Dienstleistungssektor, wie auch den anderen Branchen, ergaben nur eine marginale Abweichung dieses Wertes.

Barometerwert

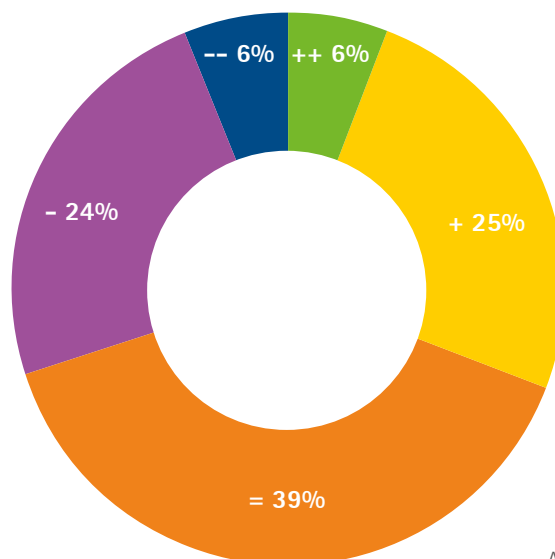


Abbildung 1

Das Wichtigste in Kürze

Der Ruf nach weniger Bürokratie und verlässlichen Rahmenbedingungen wird lauter. Viele Unternehmen sehen in Umweltregulierungen zwar einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz, zur Imagepflege und zur Erfüllung von Kundenanforderungen – die praktische Umsetzung ist jedoch oft herausfordernd: Insbesondere mit hohem laufendem Aufwand an Sach- und Personalkosten. Um effektiver handeln zu können, wünschen sich nahezu neun von zehn Betrieben weniger Bürokratie, verlässliche Rahmenbedingungen und einheitliche Regelungen auf nationaler und europäischer Ebene.

Der digitale Produktpass ist vielen Unternehmen noch kein Begriff. Obwohl der digitale Produktpass als zukünftiges zentrales Instrument für Kreislaufwirtschaft und Transparenz gilt und die Entwicklung sich auf der Zielgerade befindet, ist er in der Unternehmenspraxis bisher kaum angekommen – knapp zwei von drei Unternehmen kennen ihn nicht. Unternehmen, denen der digitale Produktpass aber bereits bekannt ist, bewerten in überwiegend als Chance für ihr zukünftiges Wirtschaften.

Wissenslücken und hoher Aufwand durch neue EU-Verpackungsverordnung. Nur etwa ein Viertel der Unternehmen sind aktuell mit den Anforderungen der neuen EU-Verpackungsverordnung bereits vertraut. Nach Einschätzung der Betriebe, die bereits mit der PPWR vertraut sind, werden die vielfältigen Pflichten – von der Registrierung bis zur Wiederverwendung – auch zukünftig einen erheblichen administrativen Aufwand verursachen. Dennoch wird mit Erleichterung durch den Wegfall der nationalen Regelungen und der Einführung von harmonisierten europäischen Regeln gerechnet.

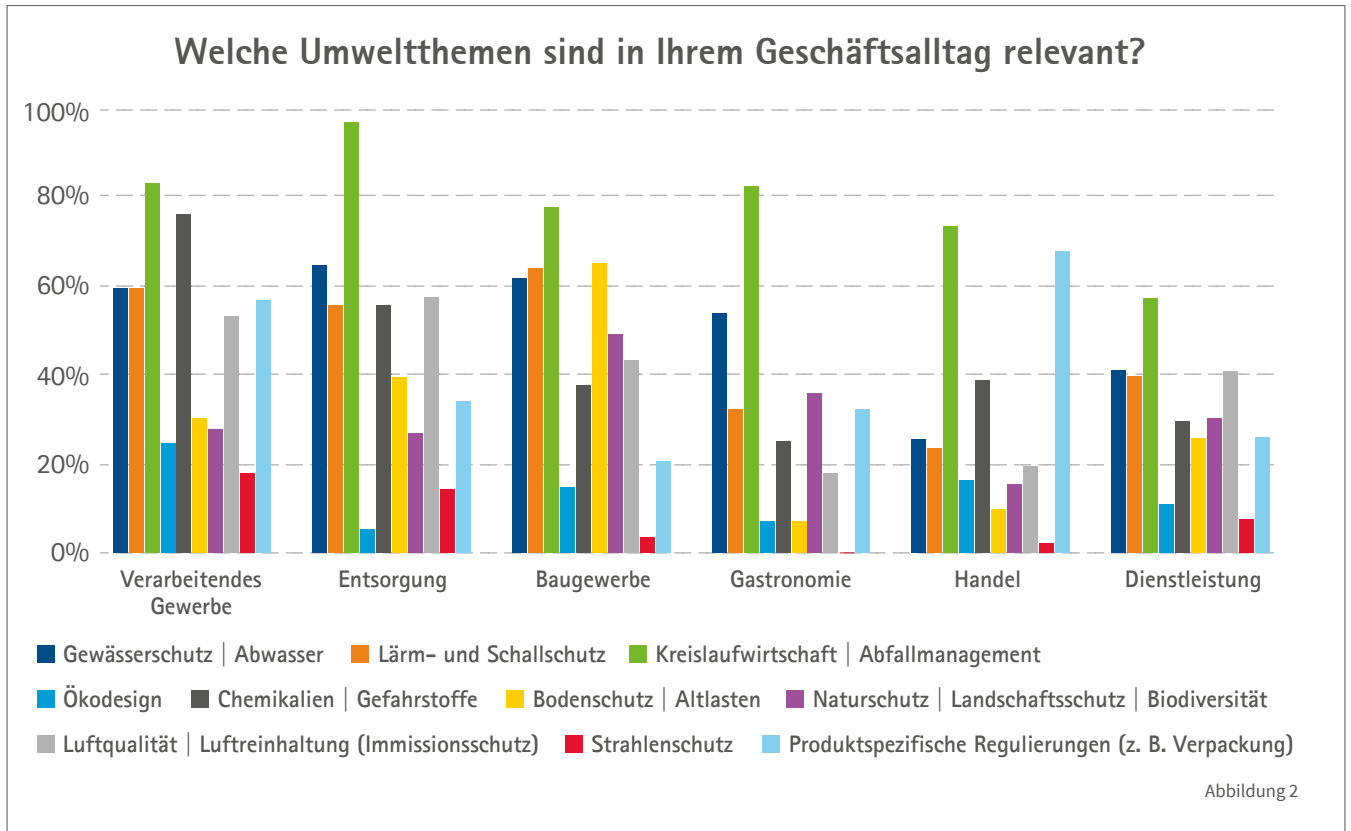
Chemikalienregulierungen sorgen für hohe Belastung und Anpassungsdruck. Jedes zweite Unternehmen empfindet die wachsenden Anforderungen durch Chemikalienregulierungen als komplex und zeitaufwendig – insbesondere bei Informationspflichten, Sicherheitsdatenblättern und dem Arbeitsschutz. Zusätzlich entsteht Unsicherheit durch mögliche Stoffverbote, etwa bei PFAS, da passende Ersatzstoffe nicht immer verfügbar sind.

Biodiversität gewinnt an Relevanz, bleibt aber im Unternehmensalltag oft nachrangig. Das Thema Biodiversität wird in der Wirtschaft zunehmend wahrgenommen. Während einige Betriebe erste Maßnahmen ergreifen oder darüber berichten, betrachtet rund die Hälfte Biodiversität weiterhin als nicht relevant für ihr Geschäft. Externe Anforderungen – etwa durch Kunden, Finanzinstitute oder Versicherungen – dürften das Thema jedoch mittelfristig stärker auf die Unternehmensagenda rücken lassen.

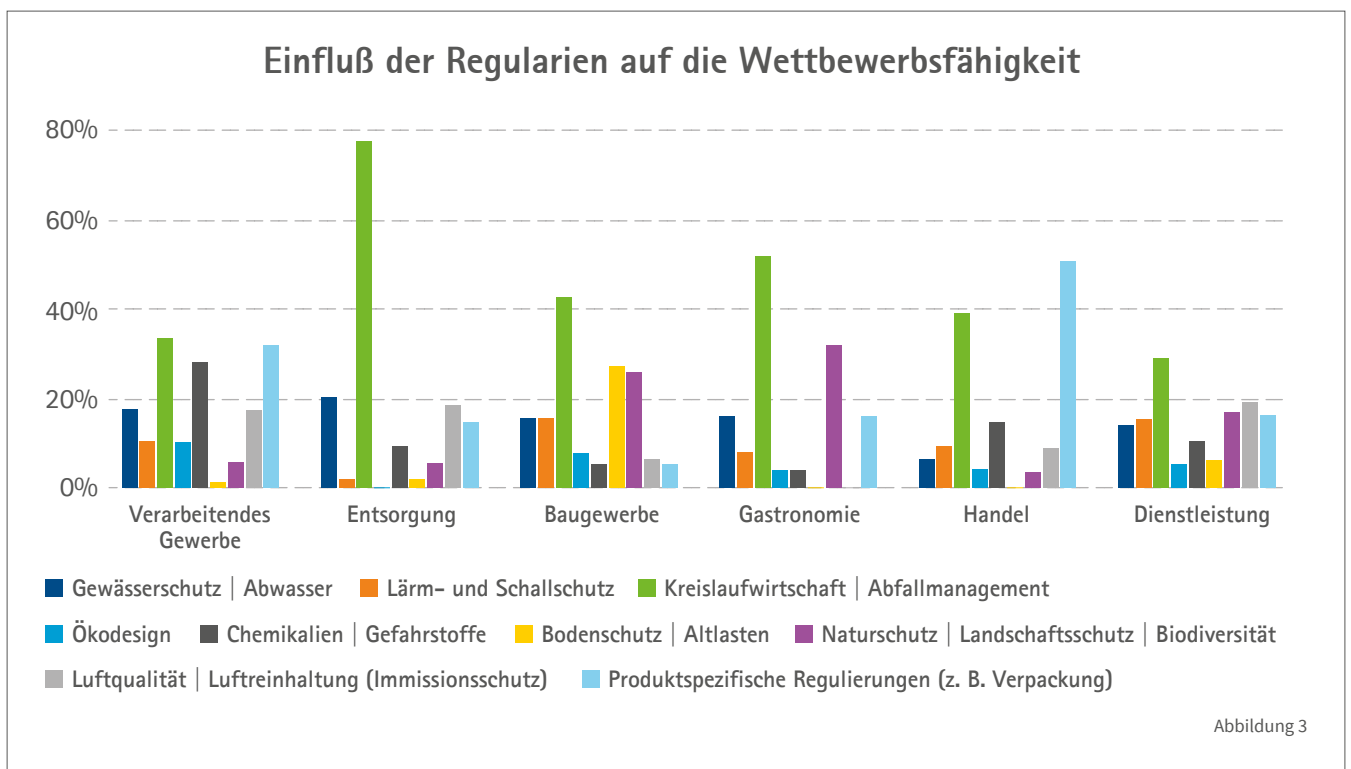
Umweltinitiativen im Betrieb stark, überregionale Vernetzung noch ausbaufähig. Zahlreiche Unternehmen setzen bereits auf etablierte Umweltmanagementsysteme wie ISO 14001 oder EMAS. Bei der Beteiligung an Umwelt-, Klima- oder Nachhaltigkeitspakten auf Landesebene bleibt das Engagement hingegen verhalten. Das zeigt: Nachhaltigkeit wird oft nur intern gesteuert.

Auswirkung von Umweltregulierungen auf Unternehmen

Unternehmen haben oft eine Fülle von Umweltregulierungen (s. Abb. 2) für ein rechtssicheres Wirtschaften zu berücksichtigen. In Summe muss ein mittelständisches Unternehmen mehrere hundert umweltbezogenen Vorschriften unterschiedlicher Ebenen, wie EU-Richtlinien, Bundesgesetze, Verordnungen, Verwaltungsanweisungen und lokale Bestimmungen, für sein Wirtschaften berücksichtigen. Auf allen Ebenen sind die Vorschriften in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Branchenübergreifend sind insbesondere die Regularien für die Kreislaufwirtschaft, bei drei von vier Unternehmen, von hoher Relevanz. Für das verarbeitende Gewerbe kommen noch die Anforderungen an die Behandlung von Chemikalien und Gefahrstoffe (76%) hinzu, für das Baugewerbe die Anforderungen aus der Regulatorik zu Bodenschutz und Altlasten (65%) und für den Handel produktspezifische Regulierungen (68%), wie z. B. zu Verpackungen und Elektrogeräte.



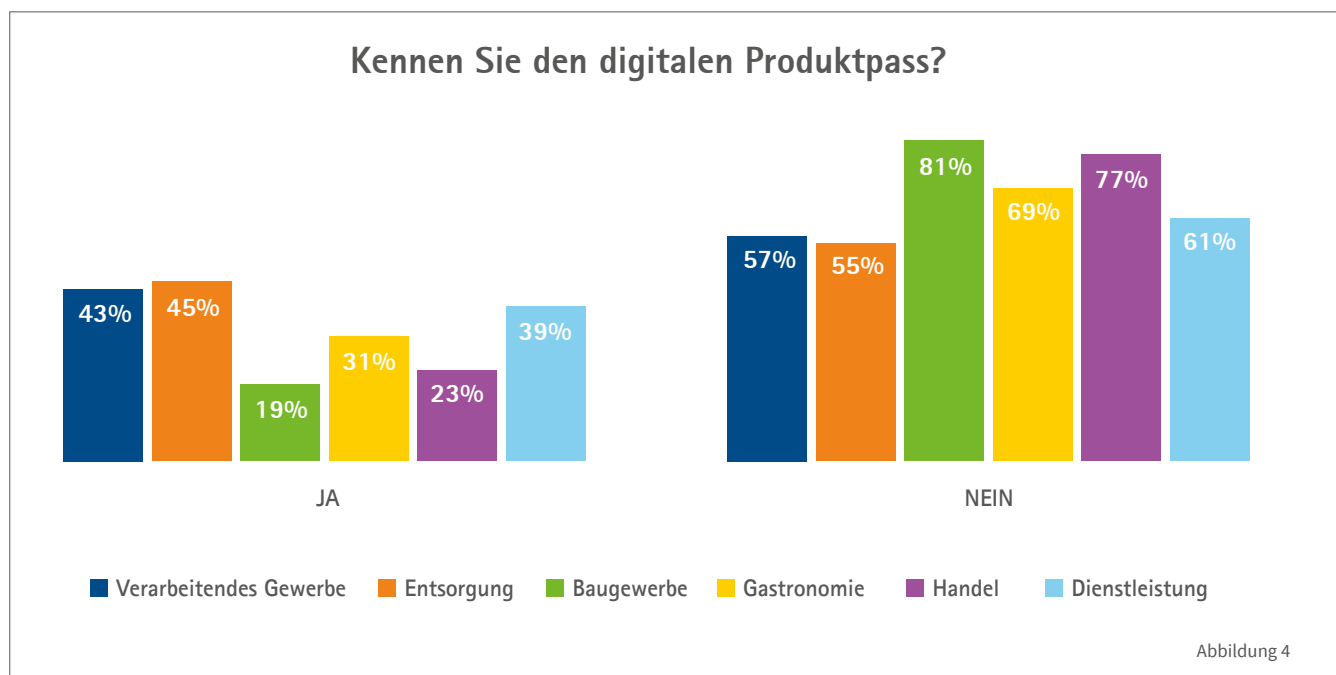
Bei der genaueren Betrachtung zum Einfluss der Regularien auf die Wettbewerbsfähigkeit ergibt sich folgendes Bild (s. Abb 3): Branchenübergreifend gab mehr als jedes dritte Unternehmen an, dass die Anforderungen im Bereich Kreislaufwirtschaft und Abfallmanagement Einfluss auf deren Wettbewerbsfähigkeit haben. In der Entsorgungswirtschaft ist der Anteil mehr als doppelt so hoch (78%). Produktspezifische Regulierungen haben auf jedes zweite Unternehmen im Handel Auswirkungen.



Ökodesign

Ökodesign steht für die umweltgerechte Gestaltung von Produkten und Prozessen. Politisches Ziel ist es, bereits in der Entwicklungsphase eines Produkts ökologische Aspekte, wie die Reduzierung des Energie- und Rohstoffverbrauchs, zu berücksichtigen, um negative Umweltauswirkungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg zu minimieren.

Eng mit dem Konzept des Ökodesigns ist die Idee eines zukünftigen Digitalen Produktpasses (DPP) verbunden. Darin sollen u. a. Informationen zur ökologischen Nachhaltigkeit, Recyclingfähigkeit, etc. enthalten sein, die je nach Bedarf Akteuren entlang der Lieferkette zur Verfügung stehen sollen. Zukünftig findet der DPP Anwendung bei einer Vielzahl von Produktgruppen. 2027 soll er erstmalig bei Batterien verpflichtend zum Einsatz kommen. Doch insbesondere für KMUs ist der DPP noch unbekannt. Mehr als zwei Drittel der KMUs gaben an, dass Ihnen der Produktpass noch nicht bekannt ist. Bei größeren Unternehmen waren es immer noch mehr als die Hälfte. Nach Branchen aufgeteilt hat insbesondere die Baubranche einen erheblichen Informationsbedarf.



Unternehmen die angaben, dass sie den DPP kennen, sehen diesen mehrheitlich als Chance. Dennoch, digitale Ansätze wie der DPP, sind kein Selbstläufer. So bedarf es unter anderem einer flächendeckenden Infrastruktur, die einen digitalen Datenfluss sicherstellt.

Im Rahmen der DPP-Anwendung erhalten Produkte einen spezifischen Code, der gescannt werden kann und der es Akteuren entlang der Lieferkette erlaubt, auf Informationen zu Produkteigenschaften zuzugreifen. Diese Informationen zu beispielsweise enthaltenen Rohstoffen oder Reparierbarkeit sollen dabei helfen, Sekundärrohstoffe in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen oder die Lebensdauer von Produkten zu verlängern.

Wie bewerten Sie den DPP?

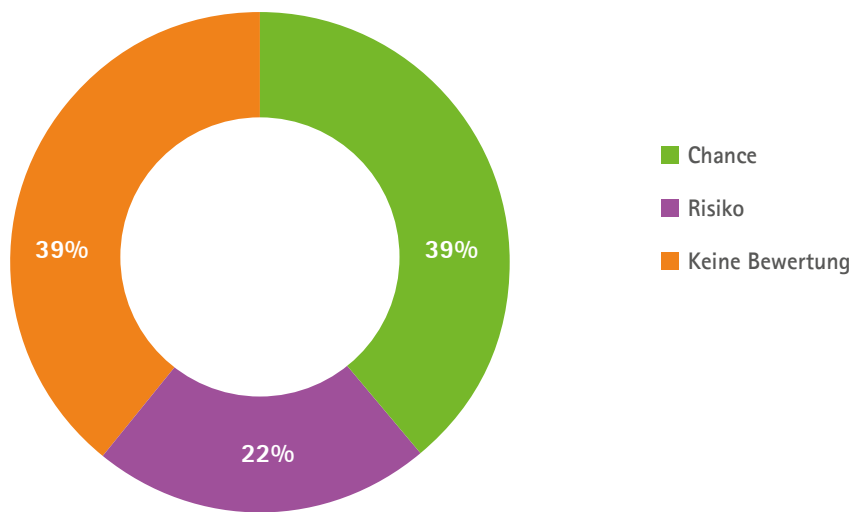


Abbildung 5

Recht auf Reparatur

Die deutsche Wirtschaft befürwortet mehrheitlich die mit dem Green Deal angestrebte Transformation zu einer ressourcenschonenden und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Die EU-Richtlinie „Right to Repair“ (EU) 2024/1799 ist ein Baustein, welcher dazu beitragen soll, die Abfallmengen zu reduzieren und die Ressourcen zu schonen, indem die Lebensdauer von Produkten verlängert wird. Sie trat am 01. Juli 2024 in Kraft. Bis spätestens zum 31. Juli 2026 muss die Bundesregierung die Vorgaben in nationales Recht umgesetzt haben. Dies bedeutet für Unternehmen unter anderem, dass sie Ersatzteile vorhalten müssen. Branchenübergreifend ist das Recht auf Reparatur bei zwei von drei Unternehmen bereits bekannt (vgl. Abb. 6). Jedem fünften Unternehmen ist diese Regulierung aber noch unbekannt. In der Umsetzung wünscht sich jedes dritte Unternehmen eine bessere Planbarkeit für die Umsetzung, einen Austausch in Netzwerken mit anderen Unternehmen sowie mehr Informationen und Beratungen durch die IHKs.

Was brauchen Unternehmen, um das „Recht auf Reparatur“ umzusetzen?

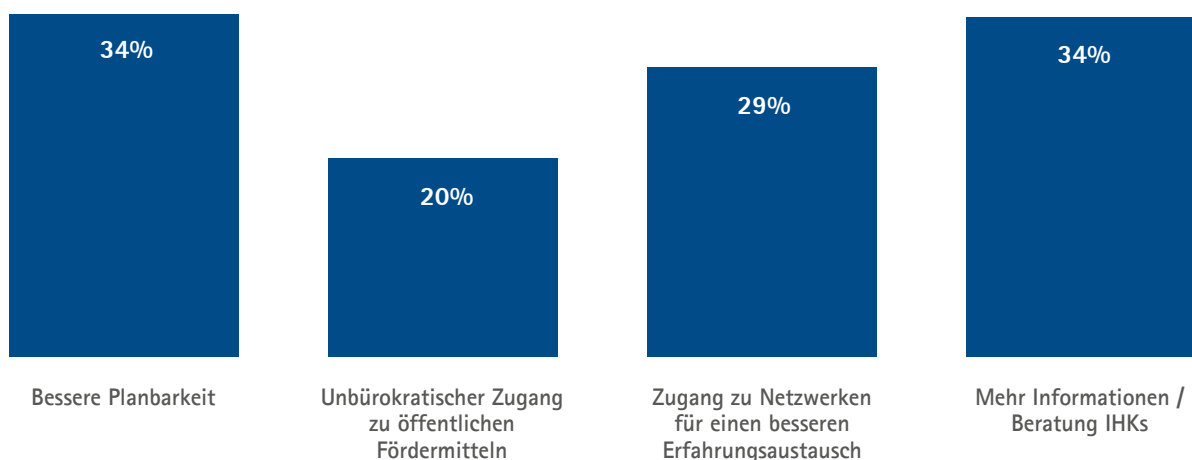
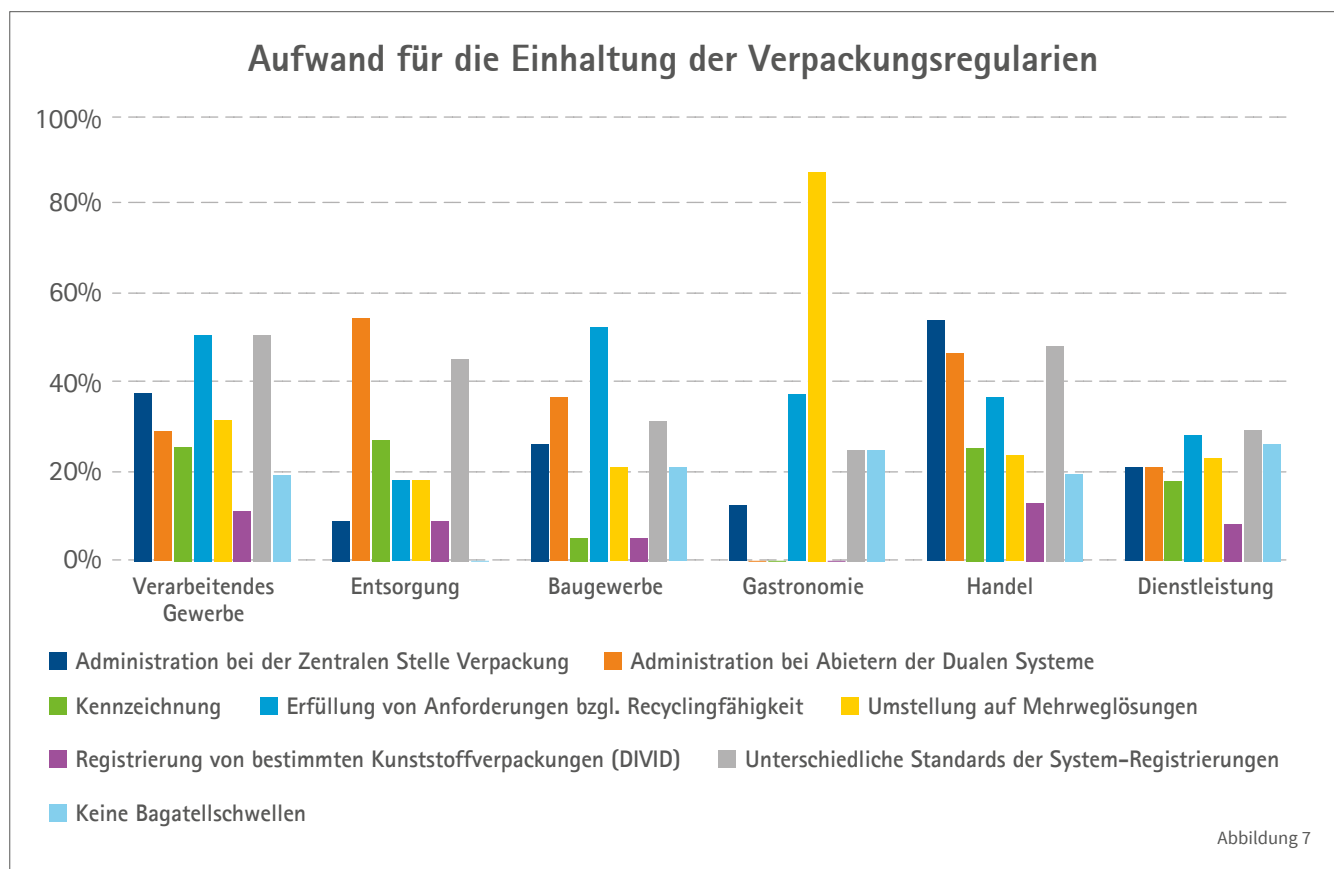


Abbildung 6

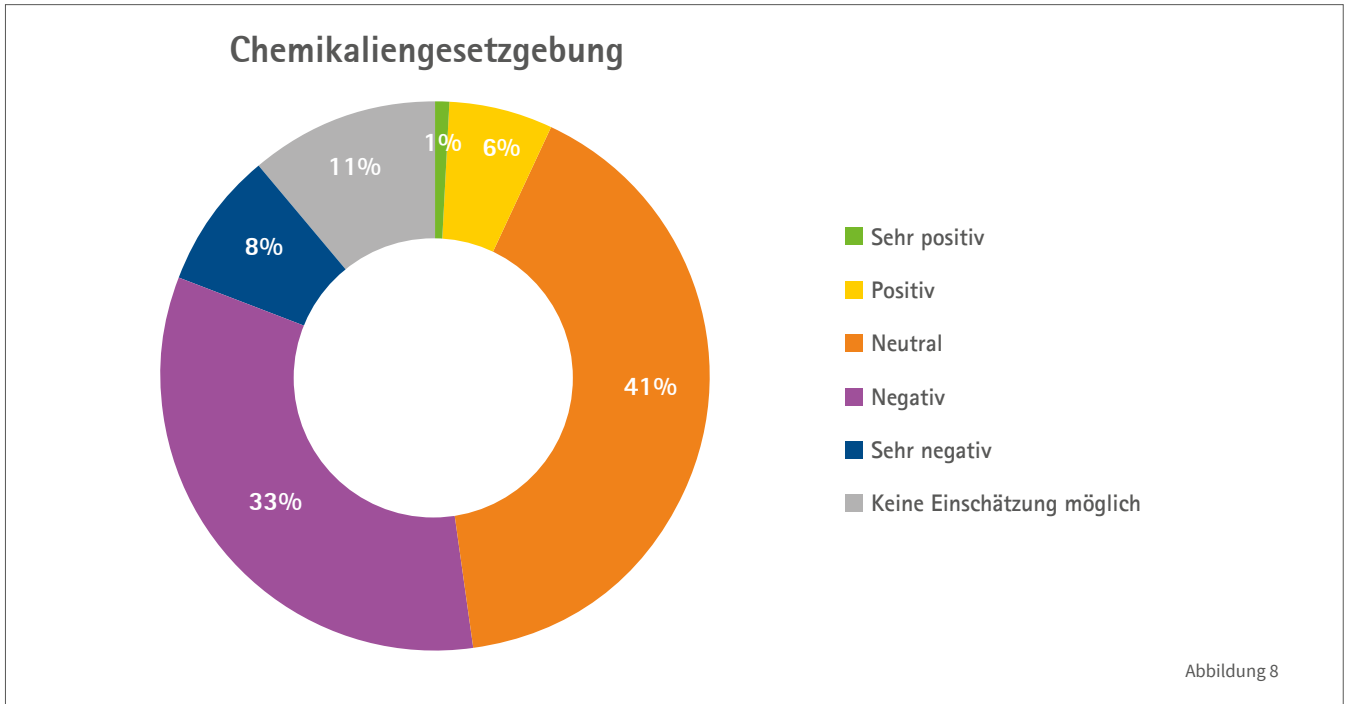
Verpackungsregelungen



Regelungen zu Verpackungen betreffen fast alle Unternehmen, weil sie Waren empfangen oder versenden oder Verpackungen herstellen. Aktuell müssen sich Unternehmen in Deutschland auf die Umsetzung der Maßnahmen (beginnend ab dem 12.08.2026) der neuen EU-Verpackungsverordnung vorbereiten. Bis dahin ist die Verordnung in die nationale Gesetzgebung zu übertragen und Unternehmen müssen sich auf die neuen Anforderungen, wie zum Beispiel der Recyclingfähigkeit von Verpackungsmaterial oder einer neuen Verpackungskennzeichnung einstellen. Zu der europäischen Regelung kommen zusätzliche nationale Regelungen, wie das Einwegkunststofffondgesetz oder die kommunale Verpackungssteuer hinzu. Insbesondere Gastronomiebetriebe sind gefordert (88%) von Einweg- auf Mehrwegangebote bei Serviceverpackungen für Getränke- und Speisenbehälter umzustellen (s. Abb 7). Aber auch die zukünftigen Anforderungen bezüglich einer Recyclingfähigkeit wird branchenübergreifend als Herausforderung (39%) verstanden. Ebenso die unterschiedlichen Standards der Systembetreiber zur Entsorgung von gewerblichen Verpackungsabfällen insbesondere jedes zweite Handelsunternehmen und verarbeitendes Unternehmen als herausfordernd.

Chemikalienrecht

Chemikalien sind insbesondere für das verarbeitende Gewerbe wichtig. Ohne diese könnten eine Vielzahl von Produkten nicht hergestellt werden. Eine ordnungsgemäße Verwendung ist von den Unternehmen sicherzustellen, um Schäden an Umwelt und Mensch zu vermeiden. Aber wie wirkt sich die zunehmende Chemikaliengesetzgebung auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen aus?

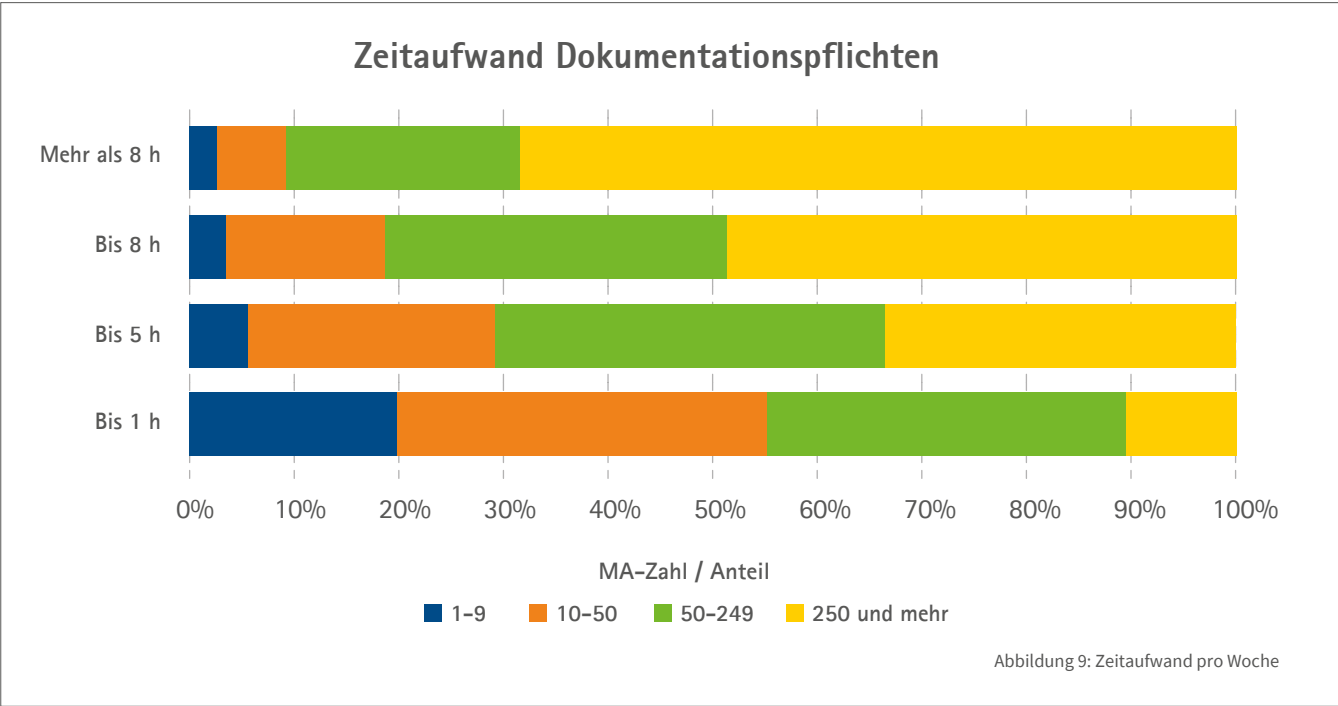


33% der Unternehmen bewerten die Auswirkungen der Chemikaliengesetzgebung auf ihre Wettbewerbsfähigkeit als negativ. Insbesondere die Vielzahl von Anforderungen, wie z. B. die Bearbeitung von Sicherheitsdatenblättern (71%) oder die Anforderungen des Arbeitsschutzes (74%) die einen erheblichen Zeitaufwand erfordern. Im verarbeitenden Gewerbe wird dies sehr unterschiedlich wahrgenommen. Für die meisten Unternehmen (41%) hat die Chemikaliengesetzgebung keine Auswirkung auf Ihre Wettbewerbsfähigkeit. 7% der Unternehmen bewerten diese sogar als Vorteil im Wettbewerb. So kann Regulierung u. a. auch zur Qualitätssicherung von Produkten von Nutzen sein.

Bei einer Beschränkung von PFAS rechnet jedes zweite Unternehmen mit einer Beeinträchtigung der Produktion, da noch keine Ersatzstoffe verfügbar sind. Jedes dritte Unternehmen findet zudem nicht, dass Chemikalienregulierungen ihnen genügend Zeit zur Anpassung an neue Anforderungen bieten. Dem muss durch längere Übergangsfristen entgegengetreten werden.

Herausforderung Umweltregulierungen

Wer aus Unternehmenssicht an Herausforderungen bei den Umweltregulierungen denkt, landet schnell bei dem Aufwand für Dokumentationspflichten, der von Unternehmen betrieben werden muss. Jedes dritte Unternehmen gab an, bis zu fünf Stunden pro Woche aufzuwenden. Für mehr als jedes vierte Unternehmen liegt der Aufwand sogar bei mehr als 8 Stunden pro Woche.



Mit dem Zeitaufwand verbunden sind laufende Personal- und Sachkosten, die zwei von drei Unternehmen als Belastung empfinden. Mehr als jedes zweite Unternehmen gab an, dass ohnehin die Fülle an Berichtspflichten zu Umweltregulierungen zu groß ist. Der Mangel an geeigneten Fachkräften und die Kommunikation mit Behörden zur Einhaltung und Umsetzung von Umweltregularien ist insbesondere für KMUs eine größere Herausforderung.

Was sind die größten Herausforderungen, um Umweltregulierungen umzusetzen?

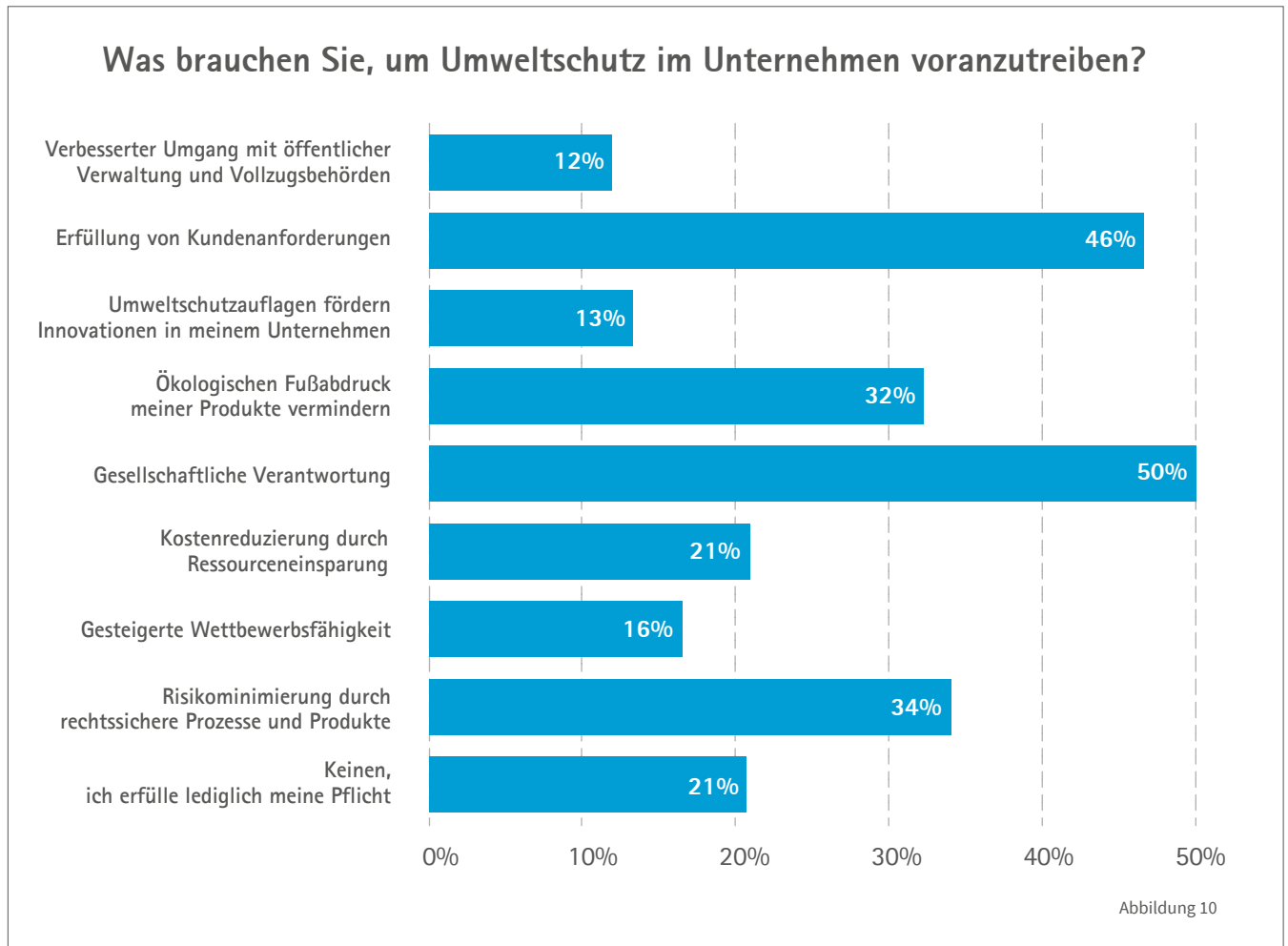
Kriterium	bis 249 MA	250 und mehr MA
Fehlende Planungssicherheit	35%	47%
Laufender Aufwand an Sach- und Personalkosten	61%	76%
Zu hohe Investitionen erforderlich	27%	36%
Zu viele Berichtspflichten (z. B. EUDR, CBAM)	48%	73%
Fehlende Digitalisierung	22%	37%
Lange Genehmigungszeiten für neue Projekte	28%	40%
Schwierige Kommunikation mit Behörden	31%	29%
Keine geeigneten Fachkräfte.	20%	18%
Sonstiges	7%	6%

Tab. 1 Herausforderungen Umweltregulierungen

Unternehmen nannten darüber hinaus, dass die Digitalisierung von Umweltberichtserstattungen häufig getrennt voneinander und herstellergebunden entwickelt werden und nicht interoperabel sind. Als Beispiele wurden dazu das System zur betrieblichen Umweltdatenberichterstattung in NRW, der Datenverbund Abwasser Bayern oder das Kataster zur Erfassung von Verdunstungskühlanlagen genannt. Für Unternehmen, die über Standorte in mehreren Bundesländern verfügen, bedeutet dies zusätzlichen Aufwand. Gemeinsame Standards zur Datenerfassung wären wünschenswert.

Beitrag zum Umweltschutz

Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung für die Umwelt bewusst (s. Abb. 10). Mehr als jedes zweite Unternehmen versteht Umweltregularien als Umweltschutz für die Gesellschaft. Unternehmen zeigen sich auch aufgeschlossen den Umweltschutz weiter voranzutreiben. Branchenübergreifend spielt dabei die Imagepflege eine bedeutende Rolle (39%). Die Erfüllung von Kundenanforderungen, u. a. produktbezogene – wie bei Verwendung von Chemikalien – spielt für das verarbeitende Gewerbe eine überdurchschnittliche Rolle (54%). Umweltregulierungen erfordern nicht nur zusätzlichen Aufwand für Unternehmen, sie bitten insbesondere für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (45%) eine Risikominimierung durch rechtssichere Prozesse und Produkte.



Bislang stehen aber Hindernisse im Weg, um mehr betrieblichen Umweltschutz zu erreichen: Mehr als 85 % der Unternehmen, die nach ISO 14001, EMAS oder nach anderen Umwelt-Managementsystemen zertifiziert sind, nannten den Abbau bürokratischer Regularien als dringlichste Maßnahme. Gleiche Wettbewerbsbedingungen durch weltweite oder zumindest EU-weite Spielregeln sieht mehr als jedes zweite Unternehmen mit einem Umweltmanagementsystem als Voraussetzung für ein größeres Engagement für mehr betrieblichen Umweltschutz. Dabei werden von mehr als jedem zweiten Unternehmen mehr Planungssicherheit durch praxisgerechte Rahmenbedingungen erwartet.

Welchen Mehrwert haben Umweltregulierungen für Ihr Unternehmen?

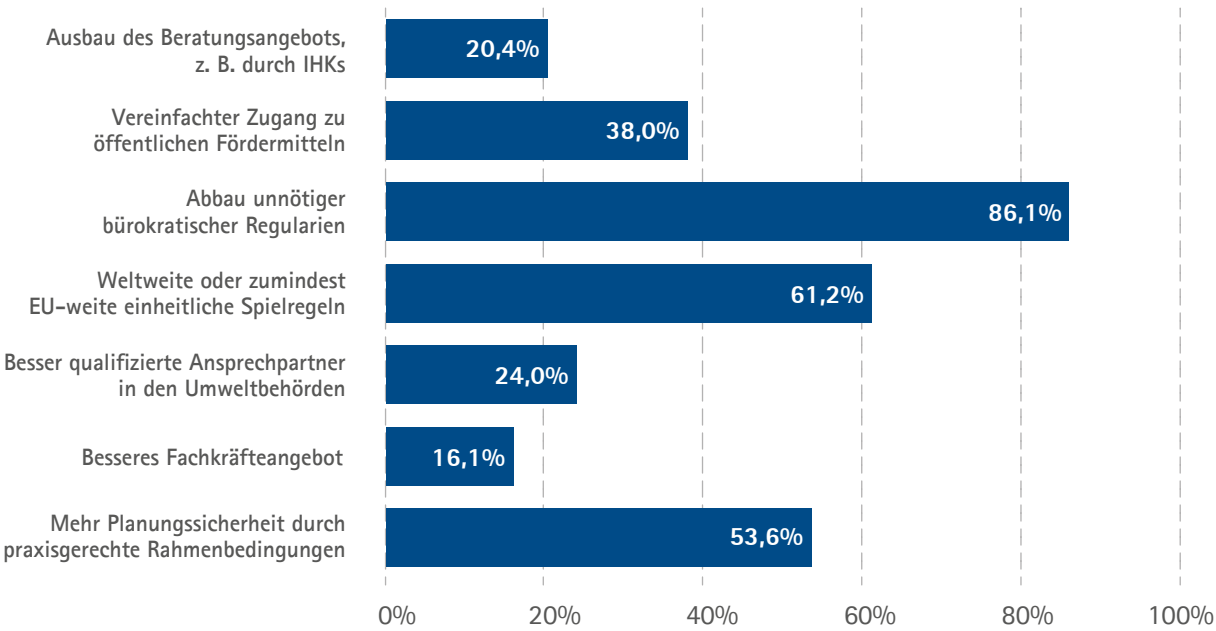


Abbildung 11 (Antworten von Unternehmen mit einem Umweltmanagementsystem)

Biodiversität von Unternehmen

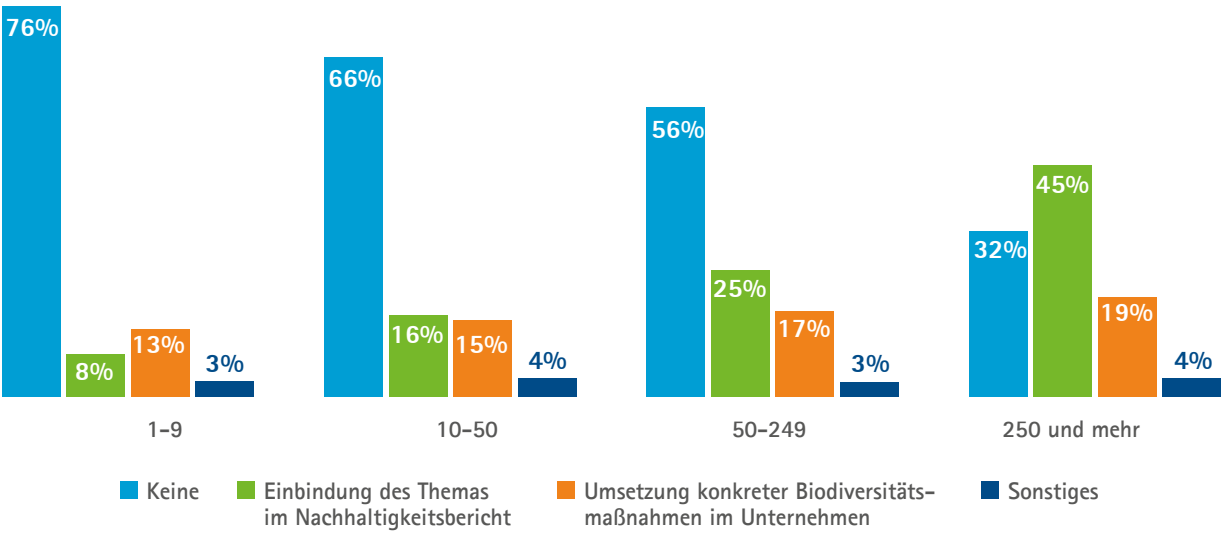


Abbildung 12

Das Engagement von Unternehmen für Biodiversität ist häufig abhängig von der Unternehmensgröße: Je mehr Mitarbeitende ein Unternehmen zählt, desto wahrscheinlicher ist es, dass es Biodiversitätsmaßnahmen umsetzt. Dies kann auch im Zusammenhang damit stehen, dass größere Unternehmen zu einem Nachhaltigkeitsbericht verpflichtet sind. Dennoch gibt es wachsende Anzahl von Unternehmen, die sich aus der Motivation der Verantwortung für mehr Biodiversitätsmaßnahmen engagieren. So haben sich in den letzten zwei Jahren im Rahmen des Projekts Unternehmen biologische Vielfalt, mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammern, sieben Unternehmensnetzwerke mit rund zweihundert Mitgliedsunternehmen gegründet.

Schlussfolgerungen / Empfehlungen

Unternehmen bewerten die Auswirkungen der Umweltregulierungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit unterschiedlich. Es gibt keine klare Tendenz – positive, negative und neutrale Einschätzungen halten sich branchenübergreifend die Waage. Besonders gefordert sind aber Branchen der Entsorgungswirtschaft, des verarbeitenden Gewerbes und des Handels. So ist der administrative Aufwand durch Umweltregulierungen, wie z.B. bei Verwendung von Chemikalien zu bearbeitende Sicherheitsdatenblätter, erheblich. Viele Unternehmen investieren wöchentlich mehrere Stunden in Dokumentationspflichten. KMUs sind darüber hinaus besonders durch fehlende Fachkräfte und komplexe Kommunikation mit Behörden belastet. Dennoch erkennen Unternehmen ihre Verantwortung und sehen Umweltregulierungen als gesellschaftlichen Beitrag. Gleichzeitig hemmen aber Bürokratie, fehlende europaweite Standards und hohe Kosten zur Einhaltung von Umweltregularien, ein stärkeres Engagement.

Damit Umweltregulierungen einen unternehmensfreundlicheren Rahmen für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen bilden, hat die DIHK Empfehlungen für Politik und Wirtschaft erarbeitet.

Empfehlungen an die Politik

- ▶ Die Politik sollte den Prozess zum Bürokratieabbau und Vereinheitlichung beschleunigen. Dazu zählt die Reduktion von Berichtspflichten und Harmonisierung der Umweltregulierungen auf EU- und Bundesebene.
- ▶ Die Politik sollte mit klaren Rahmenbedingungen für Planungssicherheit, unter frühzeitiger Einbindung der Wirtschaft, in Gesetzgebungsprozesse sorgen. Damit praxisgerechte und langfristige Regelwerke entstehen können.
- ▶ Politische Maßnahmen sollten Digitalisierung und Ausbau der digitalen Infrastruktur beschleunigen um den Anforderungen zukunftsweisender Instrumente, wie dem digitalen Produktpass (DPP), gerecht zu werden.

Empfehlungen an die Wirtschaft

- ▶ Mit einer strategischen Integration von Umweltaspekten, wie der Verankerung von Biodiversität, Ökodesign und Kreislaufwirtschaft in die Unternehmensstrategie, können Unternehmen im Wettbewerb resilienter werden und für ein positiveres Image sorgen. Die Mitgliedsunternehmen des Klimaschutz-Unternehmen e. V. zeigen, wie es geht.
- ▶ Unternehmen sollten proaktiv bei der Informationsbeschaffung sein. Dazu zählt eine frühzeitige Beschäftigung mit neuen Regulierungen wie dem DPP oder der EU-Verpackungsverordnung.
- ▶ Zukünftigen Herausforderungen werden Unternehmen resilienter begegnen, wenn sie in Digitalisierung und Fachkräfte investieren.

